

Solidarität endet nicht an den Landesgrenzen

Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend in Nordrhein-Westfalen äußert sich zur aktuellen Situation junger Geflüchteter Menschen:

Carl-Mosterts-Platz 1
40477 Düsseldorf
fon 02 11. 44935-0
fax 02 11. 44935-23

Als junge Christinnen und Christen fühlen wir uns allen Menschen, insbesondere allen Kindern und Jugendlichen auf der Flucht, verbunden. In außerordentlichem Maße denjenigen, die allein auf der Flucht sind, weil sie ihre Eltern im Krieg verloren haben.

Nichtmilitarisierte Regionen stehen unter ständigem Beschuss, Menschen in Seenot sterben oder werden gewalttätig zurückgewiesen, Asylsuchende an den Außengrenzen beschossen - nach wie vor. Aktuell eskaliert die Situation vor allen in den Regionen Idlib in Syrien und an der türkisch-griechischen Grenze, zum Beispiel in der Ägäis. Hier werden Kinder und Jugendliche, Frauen und Männer, Familien und alle Menschen auf der Flucht zur politischen Verhandlungsmasse.

Die Lebensbedingungen der Betroffenen in den Lagern für Geflüchtete in der EU sind katastrophal. Eine angemessene gesundheitliche Versorgung und grundlegende Hygienestandards können dort nicht gewährleistet werden. Diese Zustände bergen immense Risiken für die Betroffenen.

Angesichts der weltweiten Pandemie des Covid-19 Virus nehmen wir eine große Welle praktischer gesellschaftlicher Solidarität wahr. Menschen unterstützen einander, sorgen für erkrankte oder helfen Menschen, die Risikogruppen angehören. Auch Jugendverbände organisieren Angebote solidarischer Unterstützung vor Ort. Wir unterstützen dieses Engagement ausdrücklich und sind froh und dankbar, dass die Menschen zusammenstehen, um dieser schwierigen Situation zu begegnen.

Wir sind überzeugt: Diese Solidarität darf nicht an den Landesgrenzen halt machen. Es ist nach wie vor nicht hinnehmbar, dass gerade Kindern und Jugendlichen grundlegende Rechte auf Schutz und Unversehrtheit und einem menschenwürdigen Aufwachsen vorenthalten werden.

Darum stellen wir fest:

- Menschen auf der Flucht, insbesondere Kindern und Jugendlichen, darf ihr Recht auf Asyl nicht verweigert werden. Das seelische und psychische Wohl der oft bereits traumatisierten Kinder und Jugendlichen muss mit allen verfügbaren Kräften sichergestellt werden.
- Die Bereitschaft vieler Kirchengemeinden, Kommunen und Bundesländer in Deutschland, besonders schutzbedürftige Kinder und Jugendliche auf der Flucht aufzunehmen muss aufgegriffen und umgesetzt werden.
- Wir fordern die Landesregierung in NRW dazu auf, sich diesen Bundesländern anzuschließen. Gerade in der aktuellen Lage muss NRW seiner humanitären Verantwortung nachkommen!

Der Landesvorstand, 20.04.2020